

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz**

28. Sitzung  
4. Oktober 2023

Beginn: 14.02 Uhr  
Schluss: 16.55 Uhr  
Vorsitz: Sven Rissmann (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Es kommt zum Aufruf

#### Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Die Gefangenenseelsorge im Land Berlin –  
Herausforderungen und Angebote**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der  
SPD)

[0126](#)  
Recht

- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/1085

[0118](#)  
Recht

**Suizidprävention in den Justizvollzugsanstalten  
weiter verbessern**

Hierzu: Anhörung

Es ergehen zunächst folgende Hinweise: Zu diesem Punkt führen wir eine Anhörung durch. Überdies möchte ich hierzu die kirchenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Frau Abgeordnete Dr. Wein, in Aussicht stellen, die auf dem Weg aus dem Hauptausschuss hierher ist, außerdem möchte ich die religionspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Abgeordnete Dr. Kahlefeld, begrüßen. Beide wollen beratend teilnehmen. Weitere kirchen- oder religionspolitische Sprecher kann ich jetzt nicht erkennen. Wenn ich jemanden übersehen habe, bitte ich um einen Hinweis. Nach § 25 Absatz 6 Satz 1 der Geschäftsordnung würden die beiden Kolleginnen beratend teilnehmen. Ich gehe davon aus, dass wir beiden das Rederecht nach der eben genannten Vorschrift einvernehmlich einräumen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren können.

Des Weiteren gehe ich davon aus, dass wir nach § 26 Absatz 7 Satz 4 unserer Geschäftsordnung ein Wortprotokoll anfertigen wollen, wie eigentlich immer bei Anhörungen. – Ich sehe nur Nicken und keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Dann darf ich noch mal darauf hinweisen, wer sich als Anzuhörender eingefunden hat. Das ist zum einen Herr Oberkirchenrat Martin Vogel als Länderbeauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, und es ist Herr Manuel Matzke, der Bundessprecher der Gefangenen-Gewerkschaft Bundesweite Organisation. Nochmals herzlich willkommen!

Wir kommen nun zur Begründung des Besprechungsbedarfs, zunächst zu Punkt 2 a durch die Fraktion der CDU und/oder der SPD. Wir werden noch kurz warten können und vielleicht kollegialiter zur Begründung des Antrags zu Punkt 2 b springen können. Das übernimmt zunächst die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Kollegin, Dr. Vandrey, bitte sehr!

**Dr. Petra Vandrey (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ein herzliches Willkommen an die beiden Anzuhörenden! Ich freue mich, dass wir heute dieses wichtige Thema im Rechtsausschuss behandeln. Wir hatten unseren Antrag zum Thema Suizidprävention auch schon in das Plenum eingebracht, zusammen mit der Linksfraktion. Auch da gab es schon eine Rederunde, in der die Fraktionen die Gelegenheit hatten, zu diesem wichtigen Thema etwas zu sagen.

Ich hatte auch schon im Plenum gesagt, es ist wirklich erschütternd, dass die rechtspolitischen Sprecherinnen und Sprecher alle paar Wochen auf ihrem Handy eine Nachricht vom Staatssekretär bekommen – hierfür vielen Dank an den Staatssekretär, auch wenn es sehr erschütternd ist –, dass es wieder zu einem Suizid in einer der Berliner Justizvollzugsanstalten gekommen ist. Ich finde es immer sehr traurig. Man kann aus Datenschutzgründen hier kein Beispiel herausgreifen, aber es sind auch junge Menschen, die sich das Leben in Justizvoll-

zugsanstalten nehmen. Es ist unter anderem auch jemand dabei, der nur eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßt, also eigentlich nur im Knast ist, weil er eine Geldstrafe nicht bezahlen konnte. Wir sind uns sicher alle fraktionsübergreifend darüber einig, dass jeder, der sich im Gefängnis das Leben nimmt, ein Mensch zu viel ist, und dass wir alles machen müssen, um das zu verhindern.

Ich möchte betonen: Die Menschen sind uns anvertraut. Ich stehe hinter dem Gedanken, dass Justizvollzugsanstalten auch dafür da sind, Menschen zu resozialisieren, damit sie wieder Teil der Gesellschaft werden. Es reicht aus, dass die Menschen nicht in Freiheit leben können, wir müssen sie aber menschenwürdig unterbringen und alles dafür tun, dass es nicht zu so furchtbaren Fällen wie den Suiziden in den Berliner Gefängnissen kommt.

Hervorheben möchte ich auch, dass die Suizide zugenommen haben. In diesem Jahr waren es bereits sieben Suizide, was wirklich viel ist. Es ist auch ein Stück weit Normalität, dass sich in Gefängnissen mehr Leute das Leben nehmen als in der Normalbevölkerung oder in der Bevölkerung außerhalb der Gefängnisse. Das ist vielleicht auch ein Stückweit verständlich, weil es immer eine sehr spezielle und sehr schwierige Lebenssituation ist, in der sich Leute befinden, die in der Justizvollzugsanstalt sind. Dennoch sind es aber viel zu viele, und es sind vor allem mehr als vor einigen Jahren. Deshalb müssen wir an die Wurzeln heran.

Wir hatten mit unserem Antrag zur Suizidprävention gemeinsam mit der Linksfraktion eine Art von Maßnahmenkatalog aufgeschrieben. Darin sind insbesondere Übersetzungsleistungen, die bereitgestellt werden müssen, weil es viele Leute nichtdeutscher Muttersprache gibt, die in den Gefängnissen sind und die bei ihrer Kommunikation natürlich darauf angewiesen sind, sich verständigen zu können.

Ein Punkt sind die baulichen Rahmenbedingungen. So makaber es klingt, es müssen beispielsweise Fensterinnengitter abgebaut werden, weil sie dazu benutzt werden, sich zu strangulieren. Das darf einfach nicht sein. Ich finde eigentlich die Kommunikationsmöglichkeiten der Gefangenen am wichtigsten. Es gibt zum einen das Haftraummediensystem, das schon in der letzten Legislaturperiode eingeführt wurde, also die Möglichkeit, dass Gefangene über ein sicheres Internet, das über dieses Haftraummediensystem funktioniert, die Möglichkeit haben, digital zu kommunizieren. Ich halte es aber fast noch für wichtiger, dass sie die Möglichkeit haben, auch direkt persönlich zu kommunizieren.

Das ist natürlich in erster Linie das Personal, das in den Gefängnissen tätig ist; dort machen alle einen sehr schweren Job. Insofern freue ich mich, dass Sie beide da sind und bestimmt zu diesem Thema etwas sagen können. Es geht dabei um die Personalausstattung, die, wie überall, in den Berliner Justizvollzugsanstalten sehr schwierig ist und die besser werden muss. Nicht nur die Personalausstattung beim Wachpersonal, sondern auch bei den sozialen und psychologischen Diensten ist uns da besonders wichtig.

Ich möchte noch ein Wort zu den baulichen Gegebenheiten sagen. Wir hatten innerhalb des Rechtsausschusses, aber auch schon im Plenum, über die baulichen Haftbedingungen in der JVA Tegel diskutiert. Dort ist jetzt geplant, den Neubau auf der Freifläche, die es in Tegel gibt, zu starten, was wir als Grüne-Fraktion begrüßen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass auch die bisherigen Teilanstalten saniert werden müssen und es nicht mit einem Neubau getan ist. Ich hatte unlängst die Gelegenheit, mit Fraktionskolleginnen und -kollegen die JVA Tegel zu besichtigen, auch die Teilanstalt II, die noch in Betrieb ist, den geschlossenen Männervollzug. Das ist wirklich schockierend. Man hat das Gefühl, man geht durch einen Kerker, nicht durch ein modernes Gefängnis. Es sind, noch wie in der Kaiserzeit, teilweise so niedrige Türen, dass man sich bücken muss, um in die Zellen zu kommen, wo man wirklich das Gefühl hat, die Leute sollen sich bücken müssen. Es hat etwas Demütigendes an sich. Ich finde das mit heutigen Haftbedingungen nicht mehr gut vereinbar. Die Toiletten sind teilweise nicht abgetrennt. Was mich besonders betroffen gemacht hat: Teilweise sind die Türen in Tegel von innen nicht abschließbar. Es gab Bedienstete, die uns bei der Führung erzählt haben, dass es Häftlinge gibt, die sich freiwillig einschließen lassen, weil sie dermaßen Angst vor anderen Insassen haben, dass sie lieber eingeschlossen werden, als eine Tür zu haben, die sie nicht abschließen können.

Die menschenwürdige Unterbringung ist also bestimmt auch in Verbindung mit der Suizidprävention sehr wichtig. Besonders wichtig sind uns diese klaren Maßnahmen, die wir im Antrag aufgeschrieben haben, dass die berücksichtigt werden. Ich bin mir aber sicher, dass auch die anderen Fraktionen das als sehr wichtiges Thema empfinden. Es ist im Plenum auch schon sehr deutlich übergekommen, dass es eigentlich uns allen ein Anliegen ist, die Situation zu verbessern. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Dann erst mal vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Vandrey! – Frau Kollegin Schubert, möchten Sie für die Linksfraktion den Antrag ebenso begründen? – Das ist wohl so. Bitte sehr!

**Katina Schubert (LINKE):** Es ist alles gesagt.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Oder so. Danke! – Dann springe ich jetzt mit Ihrem Einverständnis noch mal zurück und frage, ob Kollegin Dr. Wein und/oder die Fraktion der SPD den Besprechungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 2 a begründen möchte.

**Dr. Claudia Wein (CDU):** Ja, ich würde gerne begründen.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Herzlich willkommen! – Bitte sehr!

**Dr. Claudia Wein (CDU):** Danke! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin heute Ihr Gast. Eigentlich bin ich momentan im Hauptausschuss, aber das macht ja nichts. Reinhard

Naumann, der religionspolitische Sprecher der SPD, und ich hatten miteinander vorgeschlagen und darum gebeten, die Gefängnisseelsorge hier zu erörtern und auch die Refinanzierung anzustreben. Die Refinanzierung ist aber heute nicht unser Thema, das ist völlig klar; das ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt.

Grundsätzlich ist es so: Als ich hier hereinkam, war gerade die Rede von Suiziden und Suizidprävention. Die Seelsorge ist in den christlichen Kirchen seit sehr langer Zeit – ehrlich gesagt, seit 2 000 Jahren – ein Thema. Von Anfang an ist auch die Seelsorge für Menschen in Gefängnissen ein Thema gewesen. Für die, die es nachlesen wollen, Matthäus 25, dort steht das. Von daher ist es eine gewachsene Kultur mit Kenntnissen in diesem Gebiet, die sehr hilfreich sind, auch für Menschen, die sich nicht primär dem christlichen Glauben zugehörig fühlen, ähnlich wie bei der Krankenseelsorge, wo einfach eine belastende Situation eine Entlastung durch eine angemessene Gesprächsführung erfahren kann, aber auch durch Standards, die über eine längere Zeit entwickelt worden sind. Insofern sind wir beiden – ich bin kirchenpolitische Sprecherin für die CDU-Fraktion, Reinhard Neumann ist der religionspolitische Sprecher für die SPD-Fraktion – einhellig der Meinung, dass das ein guter Punkt ist, der hier beraten werden sollte. Soweit, denke ich, zur Einführung. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Frau Kollegin! – Herr Kollege Lehmann für die SPD-Fraktion, bitte sehr!

**Jan Lehmann (SPD):** Vielen Dank! – Ich möchte hier nicht mit Bibelzitatzen glänzen, aber ich möchte Herrn Naumann entschuldigen, der aus persönlichen Gründen hier fehlt. In unserem Antrag ging es um die Gefangenenseelsorge und nicht um die Gefängnisseelsorge. – Vielen Dank!

**Dr. Claudia Wein (CDU):** Darf ich erwidern?

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Das ist nicht vorgesehen. Im Rahmen der Aussprache können Sie sich gerne noch mal melden, Frau Kollegin, es sei denn, es liegt ein ganz schlimmer Dissens vor, den wir jetzt aufklären müssen. Das glaube ich aber nicht, sodass ich vorschlagen darf, dass wir nunmehr zunächst mal zur Anhörung kommen, damit unsere Gäste nicht allzu lange warten müssen.

Da es, glaube ich, die erste Anhörung im zweiten Teil dieser Wahlperiode ist, weise ich noch mal darauf hin, wie hier unsere üblichen Gepflogenheiten sind. Die Anzuhörenden erhalten zunächst das Wort für jeweils fünf Minuten. Das kann ich heute ein bisschen großzügiger betrachten, da es nur zwei Anzuhörende sind, aber es sollten bitte auch nicht deutlich mehr als fünf Minuten werden. Dann steht den Fraktionen, den Abgeordnetenkollegen, die Möglichkeit offen, Fragen zu stellen und Anmerkungen zu machen. Danach würden wir zu einer Antwortrunde kommen. Ich darf Sie bitten, meine Herren Anzuhörenden: Wenn Sie das Gefühl haben, es sind zu viele Fragen, signalisieren Sie mir das bitte, dann machen wir einen Cut und teilen die Antwortrunde womöglich auf. Ansonsten würde ich versuchen, das zunächst mal in einem Abwasch zu erledigen. Das hat sich eigentlich bewährt.

Haben Sie sich verständigt, wer beginnen möchte, oder soll ich alphabetisch vorschlagen? – Nein. Die Kirche beginnt. – Herr Oberkirchenrat Vogel, Sie haben das Wort, bitte sehr!

**Martin Vogel** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; Oberkonsistorialrat): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Frau Kahlefeld! Sehr geehrte Frau Dr. Wein! Lieber Staatssekretär Feuerberg! Im Rahmen des deutschen Religionsverfassungsrechts wird den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften grundsätzlich das Recht eingeräumt, Seelsorge an den Gefangenen in den Gefängnissen anzubieten. Dadurch wird den inhaftierten Personen in den JVs die Möglichkeit eröffnet, ihr Recht auf Religionsausübung wahrzunehmen. Das Feedback und die Rückmeldungen auf die Arbeit unserer Seelsorgerinnen und Seelsorger in den Berliner JVs sind im Grundsatz durchgehend von hoher Anerkennung und Dankbarkeit geprägt. Die Seelsorgegespräche, die Gottesdienste, die Gruppenangebote sowie die Begleitung von Familienangehörigen werden sehr geschätzt. Sie stabilisieren Menschen in einer absoluten Sondersituation und tragen in vielen Fällen zur Resozialisierung bei. Diese Resonanz erreicht uns unter anderem bei den jährlichen Gesprächen mit der Senatsverwaltung für Justiz, bei den Besuchen unserer Dienst- und Fachaufsicht, in den JVs, bei Evaluationen und bei Gesprächen mit Hausleitungen beziehungsweise den Mitarbeitenden im allgemeinen Vollzugsdienst. Ich persönlich kann Ihnen bestätigen, dass meine Kolleginnen und Kollegen in der Gefangenen-seelsorge einiges auf sich nehmen, um diesen Dienst auszuüben.

Hinsichtlich der heute explizit aufgerufenen Thematik der Suizidprävention in den JVs kann ich Ihnen nur bestätigen, dass Gefängnisseelsorge Teil einer Suizidprävention ist. Die bereits erwähnten Arbeitsformen der Seelsorge geben Inhaftierten die Möglichkeit, Situationen voller Verzweiflung auszusprechen und Ratlosigkeit zu teilen. Darin besteht manchmal der erste Schritt zur Bewältigung schwierigster Lebenslagen, weil die Sprachlosigkeit zunächst im geschützten Raum überwunden werden kann. Daraus können Neuanfänge erwachsen.

In den JVs Tegel und Moabit gibt es interdisziplinär arbeitende Gruppen, die unter der Beteiligung unserer Seelsorgerinnen und Seelsorger an verbesserten Konzepten für eine möglichst wirksame Suizidprävention arbeiten. Wir halten den Ansatz von multiprofessionellen Teams für genau richtig und sinnvoll. Zudem begleiten unsere Seelsorgerinnen und Seelsorger diejenigen Mitarbeitenden, die den unmittelbaren Umgang mit den Folgen eines vollzogenen Suizids haben und damit in ihrem Arbeitsumfeld leben müssen. Hier sind die große Unabhängigkeit unserer Seelsorger sowie die seelsorgerliche Schweigepflicht ein vertrauensbildender Aspekt, der nicht zu gering zu veranschlagen ist.

Ich kann nur für die evangelische Gefangenen-seelsorge sprechen, will aber einmal erwähnen, dass wir in sehr guter ökumenischer Kooperation alle Dinge im Blick auf die Gefangenen-seelsorge besprechen und wirklich gut gemeinsam unterwegs sind und uns freuen, dass es eine religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter gibt und sich darin die Vielfalt Berlins abbildet. Der rechtliche Rahmen für unsere Arbeitsmöglichkeiten geht auf eine Vereinbarung aus dem Januar 2001 mit dem Land Berlin und auf den Kirchenvertrag auf dem Jahr 2006 zurück.

Diese Vereinbarungen regeln aus unserer Sicht alle wichtigen Fragen und haben sich durchaus bewährt, bis auf – gestatten Sie mir, dass ich das hier erwähne – einen für uns durchaus relevanten Punkt. Wenn Sie heute, im Jahr 2023, einen Blick in die einzelnen Regionen Deutschlands werfen und das bestätigte Feedback über die Bedeutung der Gefängnisseelsorge einbeziehen, dann wird relativ deutlich, dass tatsächlich jedes Bundesland mehr zur Refinanzierung dieses wichtigen Seelsorgebereichs beiträgt als das Land Berlin. Gute Gefängnisseel-

sorge gibt es eben auch nicht zum Nulltarif. Die evangelische Kirche stellt gut ausgebildete und für den besonderen Einsatzort zusätzlich qualifizierte Seelsorgerinnen und Seelsorger zur Verfügung, die in den Berliner JVA's tätig sind. Die damit verbundenen Kosten belaufen sich in etwa auf eine halbe Million Euro pro Jahr. Alle Bundesländer beteiligen sich an der Refinanzierung dieser Aufwendungen. Das Land Brandenburg etwa refinanziert die Gefängnisseelsorge in Personal- und Sachkosten zu 100 Prozent. Insofern haben wir die Passage aus dem Koalitionsvertrag begrüßt, die eine Beteiligung an der Finanzierung der Kosten für die Gefängnisseelsorge in Aussicht stellt. Wir bitten Sie, zugunsten der Gefangenen in den Berliner JVA's, aber auch zugunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um eine solche Beteiligung an den Kosten für die Gefängnisseelsorge.

Für alle weiteren Fragen stehe ich Ihnen sehr gerne zur Verfügung. Ich danke für die Aufmerksamkeit!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, lieber Herr Vogel! – Ich darf mich noch korrigieren. Oberkonsistorialrat natürlich, nicht dass für das Protokoll Missverständnisse entstehen. Sie können mir unter vier Augen vielleicht den Unterschied zwischen Oberkirchenrat und Oberkonsistorialrat mal erklären. Darauf bin ich jetzt ad hoc nicht gekommen. Bitte verzeihen Sie die falsche Amtsbezeichnung! – Dann kommen wir nun zu Herrn Matzke, bitte sehr!

**Manuel Matzke** (Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation, GG/BO; Bundessprecher): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Werte Abgeordnete! Danke, dass wir hier heute auch mal für Gefangene sprechen dürfen. Suizide in den Berliner Justizvollzugsanstalten sind ein Thema, das uns relativ schwerfällt, weil wir Leben verlieren, und das ist etwas, was wir nicht tolerieren. Deswegen denke ich, ich werde keine fünf Minuten Redezeit brauchen, weil wir alle wissen, wie wichtig das Thema ist.

Es gab im Jahr 2020 acht Suizide im ganzen Jahr in Berlin. Wir haben heute schon sieben, haben wir gerade gehört, Stand heute. Ich glaube, der letzte war am 28. August in der JVA Tegel. Es sind einfach sieben zu viele. Es darf nicht sein. Es wird ein adäquates Mittel benötigt. Wir haben vorhin gehört, es sind Menschen dabei, die eine Ersatzfreiheitsstrafe abgesessen haben. Das kann nicht sein. Wir haben einen Fall aus Tegel. Weil wir wissen, wie der Staatssekretär Informationen an die Abgeordneten weitergibt, haben wir natürlich auch Möglichkeiten, Informationen aus den Berliner Justizvollzugsanstalten zu erfahren, teilweise manchmal vielleicht eher als mancher Abgeordnete. Wir wissen, dass es auch einen Fall gab, wo sich ein Gefangener als homosexuell geoutet hat und von der Berliner Justiz nicht geschützt wurde, sondern daraufhin so viel Druck von anderen Gefangenen ausgeübt wurde, dass er dann dieses Mittel des Suizids in Erwägung gezogen hat. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass so etwas im Land Berlin passiert. Hier wird ein adäquater Schutz für Menschen benötigt, die sich outen, auch im System des Vollzuges. Wir wissen, dass das eine andere Welt ist, dass das eine raue Welt ist, aber das ist etwas, was für uns überhaupt nicht funktioniert.

Hier wird Schutz benötigt, und hier wird auch Menschlichkeit benötigt. Das heißt, Gefangene sind nicht nur eine Nummer, Gefangene haben Namen, und sie haben auch ein Gesicht. Es ist wichtig, dass Berliner Justizvollzugsbedienstete das verstehen. Denn leider erleben wir es zu oft – Entschuldigung für die Wortwahl –, dass der Bock zum Gärtner gemacht wird, und das

ist etwas, was für uns gar nicht funktioniert. Gefangene haben den Wunsch, mit Menschen zu reden. Wir können Suizidpräventionspläne erstellen, wir können S-Bogen ausfüllen, aber niemand kann den Menschen in den Kopf schauen. Hierfür wird einfach wirklich Menschlichkeit benötigt und dass wir gefangenen Menschen auf Augenhöhe begegnen. Das ist wirklich wichtig, und es wird Vertrauen benötigt. Vertrauen können wir schaffen, indem wir vielleicht ein festes Stationsteam schaffen, denn nur Bedienstete, die tagein, tagaus mit diesen Menschen auf diesen Stationen zu tun haben, erkennen Veränderungen in Verhaltensstrukturen und können darauf aufmerksam machen. Denn das kann kein psychologischer Dienst anhand von irgendwelchen Diagnoseinstrumenten, wo ich mir die Frage stelle: Kann er die überhaupt nutzen, weil er dafür ausgebildet ist? Es gibt ganz viele solche Faktoren, und das kann halt nicht sein.

Es werden bauliche Veränderungen benötigt, wie vorhin schon gesagt wurde. Wir haben Bundesländer, da gibt es Durchgangstüren in Zellen, die genau dafür geschaffen sind, dass Menschen untereinander kommunizieren können. Manchmal haben Gefangene ein gutes Verhältnis, manche offenbaren sich anderen Gefangenen gegenüber. Sie müssen miteinander sprechen können. Jeder hat ein Anrecht auf eine Einzelunterbringung, und genau deswegen wurde das geschaffen, zum Beispiel in Zwickau-Marienthal, im Zwei-Länder-Knast gibt es das jetzt. Das sind Sachen, die funktionieren. Es werden aber auch adäquate Schulungen benötigt. Das heißt, wir brauchen Forschung, nicht beim kriminologischen Dienst des Landes, sondern wir brauchen eine externe Forschung. Wir müssen die Türen öffnen, damit Institutionen, die seit Jahrzehnten in diesem Bereich tätig sind, das machen können. Wir dürfen das nicht einfach im eigenen Haus lassen, sondern wir müssen es ausantworten. Das ist wichtig, denn dadurch kriegt man vielleicht mal einen anderen Blick. – Das war es dann. Danke!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Herr Matzke! – Wir kommen kurz zur Stellungnahme des Senats. – Der Staatssekretär erhält das Wort, bitte sehr!

**Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich halte es für angemessen, dass ich für das Ressort an dieser Stelle erst mal kurz das Wort ergreife. Ich möchte es nicht einfach so im Raum stehen lassen. Ich möchte bewusst noch nicht auf Einzelheiten eingehen, das wird später vielleicht Gegenstand einer Erörterung sein. Ich möchte gerne mit der Gefängnisseelsorge beginnen. Da ist es mir ganz wichtig zu transportieren – Herr Vogel, wir haben uns vor Kurzem schon mal darüber ausgetauscht –, dass das für mich eine Institution von zentraler Bedeutung für den Vollzug ist, das ist nichts, wovon man mich erst überzeugen muss. Angefangen beim Thema Suizidprävention – Sie hatten es angesprochen – ist das der wahrscheinlich engste soziale Kontakt, der möglich ist. Man hat kein Über-/Unterordnungsverhältnis zu Bediensteten. Man findet nicht immer den Draht zu anderen Gefangenen. Hier hat man einen Menschen, der zuhört, der bedingungslos zuhört, der auch in der Lage ist, hoffentlich die richtigen, jedenfalls erste Antworten zu liefern. Das ist mir ganz wichtig. Menschen im Vollzug bringen nun mal – Frau Dr. Vandrey hat es angesprochen – ein besonderes Suizidrisiko mit sich, beziehungsweise es wird durch die Tatsache der Inhaftierung generiert. Dabei spielt auch das Zusammenleben auf engstem Raum eine Rolle.

Ich möchte jetzt hier davon absehen aufzulisten, wie intensiv die Betreuung in der Gefängnisseelsorge ist, ich habe mir ausrechnen lassen, dass praktisch eine tägliche Anwesenheit von Gefängnisseelsorgerinnen und -seelsorgern stattfindet, das können wir uns aufheben. Die Message ist: Wir wissen, was wir an den Seelsorgern haben. Wir wissen, dass die Seelsorge

dort häufig nicht nur konfessionsübergreifend, sondern glaubensübergreifend gewährt wird, und eine ganz große Rolle spielt.

Bei der Frage der Suizidprävention an sich muss ich jetzt ein bisschen technischer werden, Frau Dr. Vandrey, weil das ein förmlicher Antrag ist, auch wenn erst später darüber entschieden werden darf und kann. Ich glaube, gerade weil wir uns in ganz vielen Punkten an der Stelle schon einig sind, haben wir schon viele Maßnahmen in der Richtung unternommen. Das ist immer optimierbar, das ist gar keine Frage. Es ist ein Anliegen, das uns eint. Deswegen kann es sein, dass man letztlich dazu kommt, dass man sagt: Wir müssen nicht mehr machen, weil wir schon ganz viel machen.

Gerade die Anregungen, die Herr Matzke jetzt aus anderen Haftanstalten gegeben hat, nehme ich sehr gerne auf und mit, um abzugleichen, was in Berlin eventuell verbessert werden kann. Was den einen Fall betrifft, den Sie ansprachen: Der ist mir tatsächlich bisher nicht mit diesem Hintergrund bekannt. Ich kenne ihn als Fall. Wenn Sie das Vertrauen haben sollten, mich näher einzubinden, würde ich mir das gerne im Detail anschauen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Wir kommen nunmehr zur Beratung. Ich darf vermelden, dass sich auf der Rednerliste in folgender Reihenfolge die Kolleginnen und Kollegen Lehmann, Vallendar und Dr. Kahlefeld befinden, nunmehr auch Frau Dr. Vandrey und Frau Schubert. Ich habe keinen übersehen. Dann wollen wir erst mal mit dem Kollegen Lehmann beginnen. – Bitte sehr!

**Jan Lehmann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich bedanke mich erst mal ausdrücklich bei den beiden Anzuhörenden. Vielen Dank, dass Sie gekommen sind und uns so informativ berichtet haben. Auch vielen Dank an die Verwaltung, Herr Staatssekretär, dass er schon jetzt sagt, dass er Sachen mitnehmen kann! Das ist ja genau der Punkt von den Anhörungen. Das freut mich außerordentlich, dass Sie gleich so reagieren.

Ich habe viel mehr Fragen, als ich hier stellen kann; vielleicht stelle ich ein paar. Ich muss das auch trennen. Ich fange mal gerne mit Herrn Vogel zur Gefangenenseelsorge an. Der Beitrag, den Sie leisten, ist hier bekannt. Wir haben das auch im Parlament in der ersten Lesung schon beredet, das hat Frau Dr. Vandrey vorhin erwähnt. Ein paar Fragen, die mir gekommen sind, kann ich mal versuchen zu stellen.

Wie trennen Sie in Einrichtungen, wo nicht alle Konfessionen durch Seelsorger vertreten sind? Wie ist die konfessionsübergreifende Seelsorge? – Ich hoffe, Sie verstehen meine Frage, ich bin nicht sehr sattelfest in den Konfessionsdingen. Wie viele Stellen sind es insgesamt? – Sie haben die Hausnummer von der halben Million Euro genannt, wenn ich das recht in Erinnerung habe. Wie viele Stellen kann man davon bezahlen? Sind auch Ehrenamtler da mit drin? Sind Gemeindemitglieder dabei, oder wie kann man das mit einer Ausbildung machen?

Multiprofessionelle Teams haben Sie angesprochen. Vielleicht können Sie darauf noch näher eingehen. Wie ist der Geldansatz der letzten Jahre gewesen? Sind Sie damit ausgekommen? Gibt es eine interreligiöse Zusammenarbeit? Das habe ich vorhin schon etwas angefragt. Wie geht das in die Kirchengemeinden hinein? Spielt das in der normalen Gemeindegemeinschaft auch eine Rolle? Berichten Sie darüber? Nehmen Sie etwas für beide Seiten mit? Können Sie etwas

in die normale Ortsgemeinde übernehmen oder andersherum? Gibt es eine Gemeinde im Gefängnis, in der Einrichtung?

Zwei Fragen habe ich mir noch aufgeschrieben. Rutschen Sie auch manchmal in die Angehörigenbetreuung hinein? Wie weit geht es denn da? Man kann ja nicht sagen: Nein, das höre ich mir nicht mehr an. – Ich könnte mir vorstellen, dass das sehr fließend ist und es sehr weit ausgelegte Grenzen in Richtung Frauen und Kinder zum Beispiel sind.

Eine Frage zu den Mitarbeitenden in den Justizvollzugsanstalten: Kommen die auch manchmal auf Sie zu? Gehen Sie auf die zu? – Denn sie haben ständig, jeden Tag, Kontakt mit den Insassen der Gefängnisse. Brauchen die Mitarbeitenden auch eine Betreuung? Wird ihnen auch durch Sie geholfen?

An Herrn Matzke: Vielen Dank, dass Sie hier sind! Mich würde zuerst einmal etwas interessieren. Sie haben in meinen Augen wenig zur Gefangenengewerkschaft gesagt. Das würde mich als erstes interessieren. Sie haben ja wahrscheinlich nicht nur die Suizidprävention auf dem Schirm, da geht es wahrscheinlich mehr auch um den Mindestlohn. Könnten Sie ganz kurz abreißen, was man als Gefangenengewerkschaft tut?

Zur Begrüßung der neuen Gefangenen, zum ersten Haftmonat hatten Sie ein bisschen angefangen zu erzählen. Der erste Haftmonat ist der schwerste Monat, wenn sie neu hineinkommen. Bekommen Sie immer die Möglichkeit, darauf zuzugehen? Man hat ja nicht immer die Möglichkeit, man weiß nicht immer, wie viele neu sind. Bekommen Sie leicht Kontakte zu denen, die es nötig haben? Gibt es in Berlin solche Betreuungsmaßnahmen, wie Listenerprogramme, dass man selber schon dafür sorgen kann – Sie als Gewerkschaft –, dass man empfiehlt? Wie reagiert die Gefängnisleitung, die Anstaltsleitung, auf die Empfehlungen durch Sie? Wie ist die Zusammenarbeit dabei?

Das Letzte, zur Haftentlassung: Gibt es durch Sie eine Nachbetreuung? – Wenn man einmal Gefangener war, ist man, wenn man herauskommt, nicht mehr Gefangener? – Sie verstehen die Frage, ich kann es kaum formulieren. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Herr Kollege Lehmann! – Das Wort erhält der Abgeordnete Vallendar, bitte sehr!

**Marc Vallendar (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch vielen Dank an Herrn Vogel und Herrn Matzke für ihre Ausführungen zu den Suiziden, insbesondere in Bezug auf die Berliner Haftanstalten. Es ist ein trauriges Thema, aber ein Thema, welches natürlich wichtig für die Justizverwaltung ist. Natürlich freut man sich, wenn man mal ein Jahr hat, in dem kein Suizid stattfindet, aber wenn die Zahlen doch wieder steigen, dann ist das besorgniserregend. Allerdings muss man zur Komplettierung des Bildes hinzufügen, dass wir uns hier in Berlin statistisch gesehen keinesfalls außerhalb der Norm bewegen, sondern dass wir uns bundesweit ungefähr in dem Verhältnis befinden, was die Suizidzahlen angeht. Dennoch gibt es natürlich immer Verbesserungsbedarf.

Wichtig ist aber auch – dahin gehen jetzt meine Fragen –, dass man die Gründe für die Suizide in gewisser Weise erörtert, um zu wissen, an welcher Stelle man was verbessern muss. Das ist natürlich nicht immer ganz einfach, weil Suizide sehr individuell und sehr persönlich sind.

Ich würde dennoch versuchen, die Frage zu stellen: Was sind aus Ihrer eigenen Erfahrung oder aus dem, was Sie hören, bei den Fällen, die wir hier beobachten, die Hauptgründe? Liegt es an der Härte der Strafe? Liegt es an Depressionen? Liegt es generell an den Haftbedingungen? Oder – das wurde hier auch schon angesprochen, ein Fall jedenfalls – sind es Mobbing und Bedrohungen durch Dritte, also durch Mithäftlinge? – Das wäre ein sehr gravierender Bereich, wenn dies häufiger als Grund auftauchen würde. Denn dann stellt sich nämlich die Frage – die hätte ich an Herrn Feuerberg –, wie sich eigentlich die Zahl der Gewaltdelikte innerhalb der JVs, unter den Häftlingen entwickelt, nicht nur gegenüber dem Personal der JVs, sondern auch unter den Mitgefangenen. Haben Sie dazu Erkenntnisse? Gehen die Zahlen dort nach oben? – Bei diesen Mobbingfällen ist natürlich auch die Frage: Gibt es dann Trennungen von Gefangenen? Auch auf die Verlegung von Gefangenen muss ein großes Augenmerk in dem Bereich gelegt werden.

Meine andere Frage an Herrn Feuerberg: Wie sieht es bei den Suiziden oder den versuchten Suiziden aus, die jetzt festgestellt wurden: Finden die häufig am Haftbeginn statt? Man sagt, das ist die sensibelste Zeit. Oder finden sie eher am Haftende statt? Oder kann man dazu keine valide Aussage treffen? Ist das breit gefächert bei den Suiziden, die wir in Berlin zu verzeichnen haben?

Eine Frage in Bezugnahme auf den Antrag der Linksfraktion und der Grünen: Es wird darin angemerkt, dass bis Ende 2026 in jeder Anstalt mindestens ein Suizidpräventionsraum vorzuhalten ist. Wie ist da der Sachstand im Moment? Ist das jetzt schon der Fall, oder wird das gerade umgesetzt oder nicht? – Im Großen und Ganzen habe ich schon in meiner Plenarrede gesagt, dass wir die Punkte, die die Linksfraktion und die Grünen aufgelistet haben, weitestgehend für nicht schädlich halten und uns dementsprechend bei dem Antrag zumindest enthalten werden. – Das wären jetzt erst mal meine wesentlichen Punkte. Ich bedanke mich schon für die Antworten.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank! – Es folgt nun Frau Kollegin Dr. Kahlefeld! – Bitte sehr!

**Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde gerne die Gelegenheit nutzen, ein paar Fragen nach der Gefängnisseelsorge zu stellen, weil ich den Eindruck habe, dass vieles doch nicht so allgemein bekannt ist.

Sie haben gesagt, dass etwa eine halbe Million Euro an Kosten anfällt. Meine Frage richtet sich darauf, was Sie dafür leisten. Zum einen ist es klar, dass es Fortbildungen gibt. Könnten Sie dazu noch mal ein Wort sagen? – Denn es ist ja mitnichten so, dass da ein frommer Mensch hingehet und aus seinem Leben erzählt, sondern das sind Leute, die eine lange Fortbildung bekommen, unter anderem darin, Suizidgefahr zu erkennen, Depressionen zu erkennen, Aggressionen zu erkennen und so weiter. Ich bitte Sie, dazu noch etwas zu sagen, auch zu der weiteren Begleitung.

Ich fände es hilfreich, auch zur Einschätzung dessen, was Sie leisten, ein paar Zahlen zu nennen: Wie viele Menschen machen das eigentlich? Wie viele Menschen schicken Sie los?

Mich würde noch interessieren: In welchem Verhältnis steht der Betreuungsaufwand in Frauen- und Männergefängnissen? Ich weiß, dass Sie beides abdecken – aber damit wir da auch eine Vorstellung bekommen. Vielleicht können Sie auch ein paar Worte dazu sagen, wer Sie in Anspruch nimmt, denn es ist ganz klar: Erstens sind in Berlin wenige Menschen kirchengebunden, was nicht heißt, dass sie nicht religiös sind, und zum Zweiten sind sie, wenn religiös, dann natürlich auch unterschiedlich. Deswegen die Frage: Wer nimmt Sie eigentlich in Anspruch? Welche Gruppen können Sie mit Ihrem Angebot erreichen? Da würde mich auch so was wie Alter interessieren, wenn Sie dazu Zahlen oder eine ungefähre Größenvorstellung haben.

Dann würde mich auch die Zusammenarbeit der Gefangenengewerkschaft mit Ihnen interessieren. Wenn Sie vielleicht beide etwas dazu sagen könnten, denn Sie sind ja quasi ein kleines „Angebot“, oder es gibt ja doch Schnittmengen – das habe ich auch rausgehört – in der Fürsorge für die Gefangenen. Da würde mich interessieren, wie Sie zusammenarbeiten.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Frau Kollegin! – Es folgt Frau Kollegin Dr. Vandrey. – Bitte!

**Dr. Petra Vandrey (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich hatte mir ähnliche Fragen aufgeschrieben wie meine Kollegin, die gerade gesprochen hat, und versuche, jetzt die anderen zu stellen. Erst mal an Herrn Vogel die Frage: Wie viele sind christlich, beziehungsweise wie viele sind muslimisch, die sich an Sie wenden, wie viele sind hinduistisch oder einer anderen Philosophie oder Religion oder vielleicht auch gar keiner Religion zugeneigt und haben trotzdem das Gefühl, sie brauchen so etwas wie einen Seelsorger in dieser besonderen Situation?

Wie ist überhaupt der Turnus, also wie muss man sich das vorstellen? Sitzt da den ganzen Tag über jemand in einem Raum und wartet darauf, dass jemand kommt, und wie viele Leute kommen dann pro Tag? Müssen die sich anmelden, oder kann man einfach reinkommen? Also mich würde einfach mal der praktische Ablauf interessieren, damit ich mir das ein bisschen besser vorstellen kann.

Dann wollte ich gern noch von Herrn Matzke wissen: Sie haben gesagt, die Augenhöhe, der Respekt, die Menschlichkeit und so weiter. Ich fand die Idee mit dem festen Team sehr gut und sehr nachvollziehbar, also dass man ein kontinuierliches Team hat, weil es dann natürlich viel einfacher ist, Veränderungen zu sehen, als wenn ich immer irgendwelche Psychologinnen oder Psychologen hinschicke, die nur kurz da sind oder nur mal ein Gespräch führen. Auch Ihre Forderung nach einer externen Evaluation finde ich ganz sinnvoll, weil ich mir denke, dass jemand von außen immer einen völlig anderen Blick hat, als wenn jemand in dieser doch sehr eigenen Welt mit drin ist.

Ich wollte noch die Frage stellen an Herrn Matzke oder auch an Herrn Vogel – wie Sie möchten –: Gibt es die Möglichkeit für Gefangene, sich auch an externe Beratungsstellen zu wenden? Es gibt ja Menschen, die vielleicht mit der Kirche nicht so viel am Hut haben und gerne zu einer Beratungsstelle möchten, die Sie auch vorher schon mal kennengelernt haben, wo sie sich aufgehoben fühlen. Gibt es die Möglichkeit, da nicht nur telefonisch, sondern im Zuge von Freigängen oder wie auch immer auch externe Beratungsstellen aufzusuchen?

Dann hatte ich noch Kontakt mit Herrn Dr. Olaf Heischel. Der ist ja vom Vollzugsbeirat. Den hatten wir eigentlich heute auch als Anzuhörenden angefragt, und das wäre interessant gewesen. Er konnte wegen einer anderen Geschichte heute nicht kommen, aber er hat mir geschrieben, was er auch noch wichtig findet, und diese Frage würde ich gern stellen – sie ist heute auch schon angesprochen worden: Wie ist es mit Menschen mit sexuellen Orientierungen, die nicht hetero sind, die vielleicht stark in der Subkultur sind oder wegen anderer Beeinträchtigungen von Mitgefangenen drangsaliert werden? Gibt es da spezielle Angebote? Gibt es zum Beispiel auch im Rahmen des LADG die Möglichkeit, speziell geschulte Fachkräfte vielleicht nicht die ganze Zeit über, aber zu bestimmten Zeitpunkten einzusetzen, oder glauben Sie, das ist von der bisherigen Seelsorge mit abgedeckt?

Schließlich noch die Frage an Herrn Matzke: Das Vertrauen, das Sie angesprochen haben, zwischen Häftlingen und Leuten, die in den Gefängnissen arbeiten, stelle ich mir als jemand, der damit noch nie was zu tun hatte, schwierig vor. Vertrauen ist bestimmt eine Voraussetzung, dass man sich offenbart, und bestimmt eine gute Sache, aber es schafft ja auch eine Bindung. Ist das gewollt oder schwierig oder irgendwie heikel, wenn so was wie Bindung – Freundschaft ist vielleicht zu viel gesagt – entsteht? Ich weiß, dass das vielleicht eine heikle Frage ist, aber ich finde es wirklich interessant, wie Sie das einschätzen. Also wie ist die Verbindung zwischen Leuten, die da arbeiten, und Leuten, die da inhaftiert sind, und kann das vielleicht auch zu weit gehen? Müssen sich Bedienstete vielleicht auch ein bisschen davor schützen können, keine Bindung haben zu wollen, oder wollen vielleicht auch Häftlinge gar keine Bindung, aber trotzdem mal mit jemandem reden? Also wie schätzen Sie dieses Vertrauens- oder Nichtvertrauensverhältnis da ein? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Frau Kollegin! – Das Wort erhält Frau Abgeordnete Schubert. – Bitte sehr!

**Katina Schubert (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Seite und meiner Fraktion vielen Dank an die beiden Anzuhörenden für die spannenden Ausführungen! Es ist jetzt schon viel gefragt worden, deswegen kann ich mich relativ kurz fassen, aber ich würde gern von Herrn Matzke wissen: Wie müssten Strukturen konkret aussehen, damit gefangene Menschen auch konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner finden? Der Justizvollzugsalltag ist oft auch von Personalmangel, von Stress, von: Keiner hat irgendwie Zeit. – gekennzeichnet, und dann geht wahrscheinlich auch vieles verloren, was eigentlich hätte bearbeitet werden können. Also haben Sie konkrete Vorschläge oder Ideen, wie man es so machen kann, dass tatsächlich Gefangene, die todunglücklich sind, auch einen Weg finden, mit der Situation umzugehen?

Die Frage würde ich gern auch an Herrn Vogel stellen. Man kann zur Seelsorge gehen, wenn man todunglücklich ist und vielleicht den Gedanken hat, sich umbringen zu wollen, oder zu jemand anderem. Deswegen würde mich wirklich interessieren: Welche Strukturen wären aus Ihrer Sicht notwendig?

Dann wäre natürlich auch die Frage in Richtung Senatsverwaltung, inwieweit die Konzeptionen zur Suizidprävention weiter überarbeitet werden und welche neuen Erkenntnisse Sie dazu haben. Wir haben gelesen, es soll jetzt in jeder Anstalt ein besonders geschützter Haftraum eingerichtet werden. Was ist da in der Vorbereitung, was ist da in der Überlegung? Wir haben in unserem Antrag auch gefordert: Wir brauchen mehr Übersetzungen, auch über Video bei-

spielsweise, weil nicht überall immer Übersetzerinnen und Übersetzer in den Anstalten sind. Wie kann man Sprachbarrieren überwinden, damit es nicht zu hoffnungslosen Situationen kommt und immer eine Ansprechmöglichkeit für gefährdete Gefangene geschaffen wird? – So weit vielleicht erst mal.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank! – Das Wort erhält Frau Kollegin Dr. Wein.

**Dr. Claudia Wein (CDU):** Vielen Dank! – Ich würde gern noch mal Herrn Vogel fragen: Die Gefängnisseelsorge ist ja ein Gebiet der Spezialseelsorge, das heißt innerkirchlich so, und da interessiert mich die Einordnung im Verhältnis zu den anderen Spezialseelsorgegebieten, zum Beispiel der Notfallseelsorge – das wäre ein Beispiel, wo es vielleicht Überschneidungen gibt in der Ausbildung – oder auch der Flughafenseelsorge oder dergleichen.

Ich glaube, es ist schon kurz die Bitte angeklungen, dass noch mal eine kurze Information erfolgt, welche Qualifikation die Gefängnisseelsorgerinnen und -seelsorger haben, wie also die Professionalisierung an der Stelle erfolgt. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Frau Kollegin! – Und wir schließen mit dem Kollegen Herrmann. – Bitte sehr!

**Alexander Herrmann (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch im Namen der CDU-Fraktion und von mir persönlich an unsere beiden Anzuhörenden für die interessanten und aufschlussreichen Informationen, die uns hier im Ausschuss in verschiedenen Facetten beschäftigen, natürlich auch – das ist angeklungen – mit Blick auf die Haushaltsberatungen. Aber ich will noch mal einen Schritt zurückgehen.

Herr Vogel! Sie führten eben aus, was Sie leisten. Es gab dann Fragen, auch an Herrn Matzke, zu weiteren Beratungsangeboten. Ich würde gern weitere religiöse Beratungsangebote in den Justizvollzugsanstalten beleuchten und in Ergänzung auch von Ihnen, soweit Sie das können, erfahren, was dort für andere Religionsgemeinschaften geleistet wird und wie dort die Auslastung ist, um hier auch mal eine Vergleichbarkeit für die Kolleginnen und Kollegen, mich eingeschlossen, die vielleicht nicht so tief in dem Thema drinstecken, zu ermöglichen.

Dann erlauben Sie mir bitte eine Anmerkung in Richtung der beiden antragstellenden Fraktionen. Es ist richtig und gut, dass Sie dieses Thema jetzt hier noch mal beleuchten. Ob es dazu wirklich eines Antrags gebraucht hätte, weiß ich nicht. Ich hätte mir diesen Antrag zum Beispiel in den letzten sechseinhalb Jahren gewünscht und vorgestellt. Da hätten Sie ihn umsetzen können. Da habe ich nichts davon gelesen oder gehört. Jetzt sind Sie ganz eifrig dabei, wohl wissend, dass das viel Geld kostet, und wohl wissend, dass Sie die Situation in den Justizvollzugsanstalten in den letzten sechseinhalb Jahren nicht unbedingt besser gemacht haben, insbesondere wenn man an das Thema Teilanstalt I denkt. Da fand ich Ihre Ausführungen, liebe Frau Kollegin Dr. Vandrey, eingangs etwas merkwürdig, denn hätten wir diese Baumaßnahme damals nicht gestoppt – und sie war ja weit vorangeschritten –, dann wäre sie heute schon fertig. Wir hätten die Haftplätze, wir könnten über die Teilanstalt III, wir könnten über die Teilanstalt II sprechen, und wir hätten auch noch jede Menge Geld, das wir jetzt für die erst viel später beginnende Baumaßnahme investieren müssen, anderweitig, zum Beispiel auch für die Suizidprävention ausgeben können. Diese Chance ist leider vertan. Wir als Koalition werden es jetzt angehen. Wenn Sie die Antwort des Senats auf die Schriftliche Anfrage der Lin-

ken-Abgeordneten Schrader und Schlüsselburg im Juli 2023 richtig gelesen haben oder vielleicht auch nur hätten, dann wüssten Sie, dass bei dem Thema jetzt schon viel auf dem Weg ist. Wenn Sie dann noch in den Koalitionsvertrag geguckt hätten, hätten Sie gesehen, da kommt noch viel mehr, sodass ich, ohne die Entscheidung am Ende dieses Tagesordnungspunktes vorwegzunehmen, aktuell schlussfolgern kann, dass es Ihres Antrags nicht bedarf, um das Thema Suizidprävention in seiner Vielfalt aufzugreifen. Es sind ja viele Facetten, die dort eine Rolle spielen. Einen großen wichtigen Teil beleuchten wir heute mit unserem Besprechungspunkt mit Anzuhörenden, aber ich glaube nicht, dass es Ihres Antrags dazu bedarf. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann! – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen vorgemerkt, sodass wir zur Antwortrunde kommen können. Ich schlage vor, dass wir in der gleichen Reihenfolge verfahren, also Herr Vogel, Herr Matzke und dann der Staatssekretär. – Ich sehe allseitiges Einvernehmen. Dann, Herr Oberkonsistorialrat, haben Sie das Wort! Bitte sehr!

**Martin Vogel** (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; Oberkonsistorialrat): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich versuche, auf alle Fragen zu antworten, und hoffe, dass mir nichts wegrutscht. Es gab eine Frage zum Umfang des Personaleinsatzes aus dem Bereich der Evangelischen Kirche. Das sind bei uns gegenwärtig – und es gibt immer eine leichte Fluktuation – 7,25 Stellenanteile, die sich auf volle und halbe Stellen und eine 75-Prozent-Stelle aufteilen. Das ist der hauptamtliche Bereich. Es gibt darüber hinaus die punktuelle Einbindung Ehrenamtlicher, und hier geschieht ab und zu so etwas wie die Werbung in einer Kirchengemeinde dafür, in der Advents- und Weihnachtszeit Briefe zu schreiben oder auch Päckchen zu packen, um an Menschen zu denken, die in den JVA's sitzen.

Zur Frage von Ihnen Herr Lehmann: Der Geldansatz bisher ist tatsächlich 0 Euro. Sie haben nach der Familienbetreuung gefragt. Da würde ich gern aus der Vereinbarung mit dem Land Berlin ganz kurz einen Satz aus dem Jahr 2001 zitieren. Da werden die Aufgaben aufgezählt, und unter anderem wird gesagt: Beratung und seelsorgerischer Beistand auch für die Angehörigen der Gefangenen in Partnerschafts-, Ehe- und Familienangelegenheiten im Zusammenhang mit den sich aus der Inhaftierung ergebenden Problemen. – Das beschreibt ganz gut den Grundansatz, der auf die Sondersituation zurückzuführen ist, in der sich die Inhaftierten befinden. Tatsächlich hören wir von unseren Seelsorgerinnen und Seelsorgern immer wieder, dass es so etwas wie Seelsorgegespräche – in Anführungszeichen – zwischen Tür und Angel auch mit Mitarbeitenden aus dem allgemeinen Vollzugsdienst gibt, und auch die Kolleginnen und Kollegen schätzen es durchaus sehr, dass da jemand da ist, der zuhören und auch mal schweigen kann.

Sie haben nach der Multiprofessionalität gefragt, die ich erwähnt habe. Das verstehe ich so, dass in den erwähnten Arbeitsgruppen zur Suizidprävention, aber auch im allgemeinen Vollzug in den JVA's Psychologen, Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter, Seelsorgerinnen und Seelsorger und Menschen aus dem Vollzugsdienst miteinander kooperieren, und das ist aus unserer Sicht absolut sinnvoll.

Frau Dr. Kahlefeld! Sie haben nach den Qualifikationen und Voraussetzungen gefragt. Ich will mich herzlich für diese Frage, die mehrfach kam, bedanken, denn tatsächlich ist es so,

dass ein normal ausgebildeter Pfarrer oder eine normal ausgebildete Pfarrerin aus unserer Sicht nicht einfach für die Seelsorge im Gefängnis geeignet ist, weil das doch ein außerordentlich spezieller Zusammenhang ist. Sie müssen, um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, zum Beispiel zwei Mal eine sogenannte klinische Seelsorgeausbildung absolvieren. Das ist jeweils ein Sechs-Wochen-Intensivkurs, der es in sich hat, weil sie sich in gewisser Weise sehr stark selbst reflektieren müssen, also: Wo springen bei ihnen persönlich zum Beispiel Helfersynndrome an, die aber unter Umständen nicht hilfreich sind? Wenn sie Gesprächssituationen mit Kolleginnen und Kollegen reflektieren – ich mache es jetzt mal etwas überzogen, flapsig –: Meine Tante ist schwer an Krebs erkrankt, und ich weiß nicht, ob sie noch lange leben wird. –, dann könnte ja eine Antwort sein: Das kenne ich. Ich habe auch einen Onkel gehabt, dem es so ging. – Es hilft nur überhaupt nichts in so einer Situation, so darauf zu reagieren, und da gibt es eine sehr intensive, lange Tradition, wie eine solche seelsorgerliche Kompetenz erworben werden kann über diese KSA-Kurse, wie wir die abgekürzt nennen.

Dazu kommt – das muss man schlicht auch einmal wahrnehmen –, dass die Menschen, mit denen unsere Seelsorgerinnen und Seelsorger im Gespräch sind, auch nicht ganz ohne Gründe im Gefängnis sind, und manche von denen sind sehr gut darin, andere Menschen zu manipulieren. Das ist also kein leichtes Arbeitsfeld. Insofern muss das in einer sehr hohen professionellen Kompetenz stattfinden, die gleichzeitig aber diese Empathie ermöglicht und den – wie Sie es so wunderbar gesagt haben – Blick auf die Menschen mit einem ganz großen Wohlwollen und immer in der Annahme, dass sie sich zum Besseren entwickeln und die Schritte, die sie dort gehen wollen, begleitet werden können.

Darüber hinaus gab es die Frage nach dem Verhältnis der Seelsorge im Bereich von Frauen und Männern in den JVA's. Da lernt man dann doch sehr viel über die Unterschiedlichkeit auch der Geschlechter. Es ist tatsächlich so, dass der deutlich kleinere Anteil im Blick auf die Frauenseelsorge nötig ist, einfach, weil es viel weniger Frauen gibt, die im Gefängnis sitzen, und der Großteil auf die Seelsorge an den männlichen Inhaftierten entfällt.

Es gab auch noch die Frage nach der Sensibilität für unterschiedliche sexuelle Orientierung. Also, unsere Kirche lebt in Berlin, und wir haben eine starke queere Community auch innerhalb unserer Kirche, und insofern wird es auch genauso im Bereich der Gefangenen-seelsorge wahrgenommen.

Die Frage, wie viele derjenigen, die die Seelsorge in Anspruch nehmen, christlich sind, kann ich Ihnen nicht beantworten. Wir haben dazu schlicht keine Studie. Ich kann Ihnen aber sagen, dass der Grundsatz der ist, dass, wann immer Menschen sagen, sie möchten ein Gespräch mit einer Seelsorgerin oder einem Seelsorger, dies ermöglicht wird. Gleichzeitig ist es auch der Schutz davor: Da wird niemand religiös überwältigt von unseren Seelsorgerinnen und Seelsorgern. Die Voraussetzung ist immer, dass die Inhaftierten sich wünschen, dass es dieses Gespräch gibt. Faktisch ist es tatsächlich oft so, dass die Angebote, die es gibt, dann auch dazu führen, dass Menschen sagen: Ich habe von meinen Zellennachbarn gehört, du bist dahingegangen; ich würde dort auch gern hingehen, ich würde das gern auch wahrnehmen. – Auch darüber entstehen dann Netzwerke und Beziehungen, die dazu führen, dass Leute die Angebote wahrnehmen.

Was ich nicht beantworten kann, ist, inwieweit die Nutzung externer Beratungsangebote möglich ist. Ich vermute, ja, aber vielleicht kann Herr Matzke dazu noch etwas sagen oder auch der Staatssekretär.

Ansonsten kann ich, auf die Frage von Frau Schubert eingehend, Ihnen zunächst einmal nur herzlich danken, dass Sie sich für diesen besonderen Bereich der Arbeit im Land Berlin interessieren und einsetzen. Ich glaube, dass es auch sehr gut wäre – falls Sie das noch nicht gemacht haben –, wenn Sie eine JVA besuchen. Sehr gern lassen sich, glaube ich, auch die katholischen und evangelischen Seelsorgerinnen und Seelsorger zu Gesprächen einladen.

Letzter Punkt: Es gab noch die Frage danach, wie das mit den Angeboten anderer Religionsgemeinschaften ist. Ich kann natürlich – das liegt in der Natur der Sache – zunächst einmal nur für die Evangelische Kirche sprechen. Ich weiß, dass es katholisch-evangelische Angebote gibt und unsere Seelsorgerinnen und Seelsorger tatsächlich auch beim Start des Modelversuchs der religiösen Betreuung muslimischer Inhaftierter dazu beigetragen haben, das zu ermöglichen, was immer geht, auch was Know-how und Wissenstransfer in der Ausbildung betrifft. Das hat es im Übrigen auch im Bereich der muslimischen Telefonseelsorge im Land Berlin gegeben.

Entschuldigung! Ich habe noch einen Punkt vergessen: Die Evangelische Kirche bietet auch – Frau Dr. Wein hat es erwähnt – Flughafenseelsorge, Polizeiseelsorge, Feuerwehrseelsorge und Notfallseelsorge an. In diesen Bereichen sind aber deutlich weniger Menschen im Einsatz, rein personell, als in der Gefängnisseelsorge, sodass Sie sehen: Das ist tatsächlich ein Schwerpunkt auch für die Aktivität unserer Kirche im Land Berlin. – Danke!

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Herr Vogel! – Herr Matzke, bitte sehr!

**Manuel Matzke** (Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation, GG/BO; Bundessprecher): Ich versuche es ein bisschen reihum, so wie die Fragen kamen. Ich schweife kurz ab, weil die Frage aufkam: Wer sind wir, und was machen wir? – Wir wurden 2014 in der JVA Tegel gegründet, wurden damals noch so ein bisschen belächelt. Heute sieht das, glaube ich, ein bisschen anders aus. Gut für die Gefangenen!

Wir haben drei Kernforderungen. Das ist einmal der Einbezug in den gesetzlichen Mindestlohn für arbeitende Inhaftierte, der Einbezug in die gesetzlichen Leistungssysteme, was Rente, Krankenversicherung betrifft, und natürlich die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern, denn würden Gefangene während der Arbeitszeit die Arbeit niederlegen und sich organisieren, dann wäre das der Straftatbestand der Meuterei, und das wäre nicht so gut.

Ansonsten bedienen wir alle Felder, die der Justizvollzug, der Maßregelvollzug, die Sicherungsverwahrung, whatever, abdecken. Wir sind in Soligruppen organisiert, das heißt, alle, die bei uns tätig sind, machen das ehrenamtlich, einfach aus Überzeugung für die Sache. Also wir haben alle noch einen Hauptjob sozusagen und bedienen alles. Wir sind in fast jeder Justizvollzugsanstalt in der Bundesrepublik vertreten. Die Gefangenen werden von uns in die Lage versetzt, sich selbst zu organisieren, denn Gewerkschaftspolitik ist Bildungspolitik, und das ist ganz wichtig auch für Gefangene. Wir sehen auch, dass es funktioniert. Die können sich mit allen Anliegen an uns wenden. Es gibt in den Justizvollzugsanstalten Sprecherinnen und Sprecher. Die können sich auch selber wählen. Ich kann sagen, das einzige Bundesland,

das mit uns so ein bisschen Hand in Hand arbeitet, ist NRW. Da sind wir regelmäßig in der Sicherungsverwahrung und können dort auch Mitgliederversammlungen abhalten und versuchen, Probleme auch vor Ort zu erörtern. Es gibt Bundesländer, die die Sprecherinnen und Sprecher miteinbezogen haben in die Gefangenenmitverantwortung, einfach weil wir vielleicht so ein bisschen mehr Öffentlichkeit schaffen hinter den Mauern des Schweigens, dieses System ein bisschen transparenter machen und vielleicht andere Fragen stellen als die Gefangenenmitverantwortung.

Ansonsten arbeiten wir gut mit den Parlamenten und mit diversen Abgeordneten in der Bundesrepublik zusammen, und versuchen, alles Mögliche zu machen, damit Vollzug transparent und der Allgemeinheit ein reelles Bild vom Strafvollzug vermittelt wird, denn Resozialisierung funktioniert nur mit Einbezug der Gesellschaft, und dafür wird ein transparentes Bild benötigt – das ist ganz wichtig – und keinen Tag der offenen Tür, wo du alles ein bisschen auf Hochglanz polierst, damit die Welt nach außen hin schön aussieht. – Das passiert.

Dann kam die Frage auf: Was passiert bei der Inhaftierung? – Grundlegendes Problem sind meistens schon die Zugangsbereiche, weil Gefangene dort teilweise bis zu vier Wochen verweilen müssen, bis sie auf ihre richtigen Stationen aufgeteilt werden. Dort hast du natürlich am Anfang schon mal so eine Schocksituation, weil das vielleicht Bereiche sind, die nicht so strukturiert oder nicht so schön sind wie diese richtigen Stationen. Das kann halt nicht sein. Dort treffen Menschen aller Couleur aufeinander, und das ist auch ein riesengroßes Problem. Gerade in Tegel haben wir diese Problematik, da wissen wir das. Da haben wir EFS-ler, die mit Langzeithaftierten untergebracht sind, also da haben wir Menschen, die eine Geldstrafe nicht bezahlen können, und die sitzen auf einer Station mit Menschen, die vielleicht LL haben oder so was. Das ist natürlich was, das kann gar nicht sein, denn die werden da einfach zum Hausmeister gemacht. Das ist ein riesengroßes Problem. Wir wissen, dass das Problem da ist, denn Gefangene wenden sich ganz oft an uns. Wenn es nicht die Gefangenen sind, dann sind es Angehörige oder Menschen, die vielleicht sogar im Vollzug tätig sind, weil sie einfach dieses Bild tagein, tagaus nicht mehr mittragen können und dann natürlich sagen: Hey, ihr habt die Möglichkeit, sprecht! – Es ist ein Problem, und da muss man halt gucken.

Ansonsten gibt es, wie gesagt, keine Zusammenarbeit mit den Ministerien oder so. Ich sagte ja, wir werden oft belächelt. Es gab eine gute Zusammenarbeit unter Senatorin Kreck, das kann ich ganz klar sagen, aber im Moment ruht still der Teich. – [Katina Schubert (LINKE): Deshalb brauchen wir den Antrag!] – Ja.

Dann kam die Frage auf: Wir können grundsätzlich, da wir ja nicht offiziell in diesen Anstalten sind, keine soziale Besuche abhalten oder so. Wir würden das gern machen, und wir würden auch versuchen, das zu stemmen, weil wir einfach wissen, wie wichtig das ist, aber grundsätzlich kann jeder Gefangene uns telefonisch erreichen über das Gefangenen Telefonsystem Telio – das funktioniert –, beziehungsweise die Angehörigen machen das. Die können uns schreiben, sie können sich an die Soligruppen wenden und, und, und. Wir haben ganz viele Menschen aller Couleur. Wir haben Menschen aus dem Justizbereich in den Soligruppen, wir haben Ärztinnen, wir haben Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen, alles Mögliche ist bei uns organisiert, um die Sache zu verändern. Wenn das passiert, dann werden wir natürlich tätig, aber ansonsten haben wir nur die Möglichkeit, nach der Entlassung tätig zu werden. Hier arbeiten wir mit externen Dienstleisterinnen und Dienstleistern zusammen. Das heißt, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die bei uns organisiert sind, nehmen sich dem an und

versuchen, Menschen zu vermitteln in eine psychologische Betreuung, in Übergangswohnrichtungen und, und, und. Das passiert aber alles, wenn sie entlassen werden, beziehungsweise wir versuchen, wenn Gefangene auf uns zukommen, das alles schon im Vorfeld zu organisieren, damit es einen reibungslosen Ablauf gibt. Aber das passiert natürlich alles ohne irgendwelche Unterstützung der Justiz, das passiert alles in Eigenregie.

Die Gründe für den Suizid in den deutschen Justizvollzugsanstalten beziehungsweise hier in Berlin sind unterschiedlich. Wie ich vorhin schon sagte, ist es der Ton, wenn sich Menschen outen, dass dort so ein psychischer Druck auf die ausgeübt wird, dass es der einzige Weg der Flucht ist, aus diesem Martyrium rauszukommen, weil die Justiz sich hier nicht schützend vor sie stellt und sagt: Hey, so läuft es nicht! – Es kann sein, dass es Menschen sind, die in einer Abhängigkeit sind und hier vielleicht in kein Substitutionsprogramm aufgenommen werden, weil sich Medizinerinnen und Mediziner querstellen und sagen: Nein, das passiert nicht! – Es sind diese Schocksituationen, wenn du neu in eine Haftanstalt kommst. Das ist halt einfach was anderes. Wenn du den ganzen Tag Dunkelheit siehst, dann wird dein Leben auch dunkel, und dann wird deine Seele auch dunkel, und das macht natürlich etwas aus. Ich glaube, das kann niemand so richtig nachvollziehen, der nicht selbst erlebt hat, wie das ist. Ich sagte ja, in Form eines Tages der offenen Tür oder einer Begehung für Abgeordnete sieht man das nicht, denn dann sieht man nur die schönen Seite, aber nicht die Seite, die wirklich stattfindet. Das, was stattfindet, ist das, was gar nicht funktioniert; das ist eine triste Welt, und das darf nicht sein.

Trennung von Gefangenen war die Frage: Das kann ich nicht so ganz klar sagen. Das ist immer ein bisschen unterschiedlich, aber unsere Erfahrung zeigt, dass meistens nicht die besser geschützt werden, die betroffen sind, sondern eher Täterinnen und Täter. Da wird so ein bisschen die Hand drüber gelegt. Dann werden sie vielleicht mal verlegt, das passiert schon, aber man schützt nicht den, sondern es wird dann immer der verlegt, von dem das ausgeht. Das ist das, was wir wissen.

Dann kam die Frage nach der Zusammenarbeit mit den Seelsorgerinnen und Seelsorgern auf. Wir können sagen: Als GG/BO waren wir Ende letzten Jahres auf der Bundestagung der Gefangenen-seelsorgerinnen und -seelsorger und haben dort zur Thematik Umgang mit Inhaftierten gesprochen. Also in dem Sinne gibt es da schon eine Zusammenarbeit. Wir sind sehr daran interessiert, auch mit anderen Institutionen zusammenzuarbeiten. Wir arbeiten auch mit der BAGS, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe, und, und, und. Da sind wir schon gut involviert, und das funktioniert auch so.

Dann gab es die Frage, wie ich das meinte mit diesen festen Teams. Also man könnte jetzt sagen, das ist nicht gut, da könnten ja wieder irgendwelche Mainzelmännchen in die Anstalten geschmuggelt werden oder so was, aber davon müssen wir mal weggehen. Wir sind Freunde des Wohngruppenvollzugs. Das ist ganz wichtig, dass man das so ein bisschen entschlackt und Stationen ein bisschen menschenwürdiger und ein bisschen farbenfroher gestaltet. Das macht viel aus. Alles trist und grau zu halten, ist nicht richtig. Wir kennen das, wie gesagt, aus anderen Anstalten. Es gibt feste stationäre Teams. Das heißt, die Stationen haben ein festes Bedienstetenpersonal, die haben feste Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, feste Psychologinnen und Psychologen und, und, und. Dadurch kann man natürlich Vertrauen schaffen, denn hat man immer einen strukturellen Wechsel von Personal – also in jeder Schicht sind da andere Bedienstete, die sonst in anderen Hafthäusern sind oder, oder, oder –, dann schafft man kein Vertrauen. Dann ist das wie so ein Durchlauf, und das darf nicht sein. Durch feste Teams kannst du es schaffen, dass Menschen auch sehen: Wie verhalten sich Menschen? –, weil man sie einfach kennt. In diesen Wohngruppenvollzügen kennen wir es, dass es solche Sachen wie Vertrauensbedienstete gibt. Das heißt, Bedienstete werden gefragt, ob sie sich das zutrauen, ob sie das machen möchten, sich vielleicht ein paar kleinen Gruppen von Gefangenen anzunehmen, damit die sich denen offenbaren können und, und, und, aber das braucht halt Vertrauen, und das schaffe ich nur mit Kontinuität. Das heißt, ich kann hier nicht permanent wechseln. Wir kennen es aus anderen Bundesländern und wissen, dass das dort funktioniert.

Die Frage nach den konkreten Strukturen: Ich habe ja schon gesagt, dass es wichtig ist, Menschen auf Augenhöhe zu begegnen. Ich habe auch gesagt, dass es in anderen Bundesländern solche Durchgangstüren in diesen Hafträumen gibt, die natürlich nicht permanent offen sind, aber man kann diese Möglichkeiten schaffen. Ich weiß nicht, wie es im Land Berlin aussieht, aber man nutzt ja das Gefangenentelefonssystem des Monopolisten Telio. Hier gibt es ja auch eine White List, und ich glaube, hier ist es wichtig, vielleicht auch externe Dienstleister freizugeben, sprich: die Telefonseelsorge, sodass Gefangene rund um die Uhr, wenn sie sich nicht wohlfühlen, einfach diese Nummern wählen können, ohne dass hier irgendwie eine Überwachung oder so stattfindet, indem man guckt: Wer hat diese Nummern gewählt? – Dadurch kann man auch so ein bisschen Außenraum schaffen. Ich glaube, das ist ganz wichtig, und davon kann man Gebrauch machen, und da gibt es natürlich auch noch andere Institutionen. Wenn Gefangene sich offenbaren wollen, kann man natürlich auch auf irgendwelche Instrumente wie Lockerungen aus wichtigem Grund zurückgreifen, sodass man vielleicht für externe Dienstleister, die nicht reinkönnen, auch Ausgänge gewährt, um zu versuchen, das umzusetzen.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank! – Das Wort erhält der Herr Staatssekretär. – Bitte sehr!

**Staatssekretär Dirk Feuerberg (SenJustV):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich versuche, es in der Reihenfolge abzuarbeiten, wie ich es mir notiert habe. Damit würde ich bei dem Herrn Abgeordneten Vallendar beginnen, der zunächst gefragt hatte nach einer möglicherweise ansteigenden Anzahl von Gewaltvorfällen im Vollzug. Sie hatten das, wenn ich das richtig verstanden habe, etwas losgelöst von dem konkreten Vorfall, sondern generell danach gefragt. Ich kann natürlich jetzt nicht aus dem Ärmel aktuelle konkrete Zahlen nennen, ich kann Ihnen allerdings sagen, dass ich mich vor nicht allzu langer Zeit unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Spezialisierung der Strafverfolgungsbehörden damit beschäftigt habe.

Damals war kein signifikanter Anstieg von Gewaltvorfällen im Vollzug in den letzten Jahren erkennbar. Das Ganze ist aber auch schon deswegen ein Stück weit eine unscharfe Suche, weil beispielsweise die JVA Heidering auf dem Gelände des Landes Brandenburg liegt und dort Polizei und Staatsanwaltschaft für Straftaten zuständig sind, sodass wir also auch nicht immer einen vollständigen Überblick haben. Aber es war jedenfalls nicht so, dass da jetzt ein exponentieller Anstieg zu verzeichnen gewesen wäre.

Zur Frage: Wann findet ein Suizid, bezogen auf die Dauer der Inhaftierung, statt? – Ich habe mir jetzt mal die sieben Fälle angeschaut, die wir leider in diesem Jahr bisher zu beklagen hatten. Zumindest für einen Fall kann ich sagen, dass auch der erste Monat schon verstrichen war, bei weiteren vier Fällen dauerte die Inhaftierung deutlich länger an zu dem Zeitpunkt des Suizides. Insofern ist mir völlig klar – das sagen uns die empirischen Untersuchungen –, dass natürlich die ersten Wochen und Monate die gefährlichsten sind, aber es gibt halt auch keine Gesetzmäßigkeit, dass es später keinen Sinn machen würde hinzuschauen – ganz im Gegenteil. Wir versuchen insoweit – das auch schon im Vorgriff auf die Frage der Abgeordneten Schubert –, die Konzepte weiterzuentwickeln. Wir versuchen es nicht, sondern wir tun es. Es wird in quartalsmäßigen Gesprächen ausgewertet, was passiert, und man schaut sich an, welche Lehren daraus zu ziehen sind.

Aber zurück zu Herrn Vallendar – beziehungsweise das betrifft, glaube ich, beide Fragen –, zur Frage nach dem Suizidpräventionsraum, die auch im Plenum schon kurz behandelt worden ist. Fest vorgesehen ist der Bau eines solchen – und der ist auch in der Umsetzung – in der JVA Moabit. Das ist sehr aufwendig. Wir reden von einem Volumen von ungefähr 400 000 Euro pro Raum, um eben die Dinge – nicht nur Fensterkreuze, sondern auch Heizkörper und Ähnliches – aus dem Raum zu entfernen und alternative Möglichkeiten zu finden. Das Bemühen ist da, auch weitere Maßnahmen in der Richtung möglichst bald folgen zu lassen. Ich sage nur, es ist auch sinnvoll, tatsächlich erst mal mit dem einen Raum, den man hat, gewisse Erfahrungen zu sammeln.

Wir hatten vor wenigen Wochen einen Vorfall, da hat jemand einen ernst zu nehmenden Suizidversuch im sogenannten BGH, im besonders gesicherten Haftraum, unternommen, wo das ja eigentlich per Definition ausgeschlossen sein sollte. Das heißt, wir lernen leider Gottes auch jeden Tag in der Praxis dazu, und ehe wir jetzt mit einem solchen Aufwand Räume umrüsten im großen Stil, ist es tatsächlich sinnvoll, vielleicht erst mal mit einem Pilotprojekt anzufangen. Wenn man dann gesicherte Erfahrungen hat, sollte es nach Maßgabe der Hausmittel auch möglich sein, an der Stelle relativ schnell nachzusteuern.

Zu Herrn Matzke: Ich habe bisher keinen Terminwunsch von Ihrer Gewerkschaft gehabt. Ich gebe zu, ich bin noch nicht lange genug im Amt, dass ich proaktiv auf Menschen zukommen kann. Ich freue mich, wenn der Wunsch besteht, ich würde mich gern auch mit Ihnen über den einen Fall unterhalten, den Sie eingangs angesprochen haben. Ich würde allerdings auch eingehen wollen – das war mir vorhin ein bisschen zu holzschnittartig – auf die Frage Outing, Mobbing, Suizid, weil keine Hilfe des Vollzugs erfolgte. Ich weiß aus eigener Anschauung im Bereich des Frauenvollzugs, welches Engagement beim Umgang mit Transpersonen dort in der Haftanstalt an den Tag gelegt wird, um diesen Menschen gerecht zu werden und zu schauen: Wo passen sie hin, welche Vollzugsform ist die richtige, welche Anstalt ist die richtige? Ich kann nicht ausschließen, dass es irgendwo Fehlleistungen gegeben hat, aber generell

kann ich schon sagen, dass ein ganz großes Engagement der Haftanstalten in der Richtung an den Tag gelegt wird. Aber ich lerne gern dazu.

**Vorsitzender Sven Rissmann:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher schlage ich entsprechend der Praxis in unserem Ausschuss vor, sowohl den Besprechungspunkt zu 2 a als auch den Besprechungspunkt zu 2 b zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. Können wir so verfahren? – Ich sehe nur Nicken. Widerspruch ergeht nicht. Damit sind die Punkte zu 2 a und 2 b vertagt. – Ich darf mich bei den Anzuhörenden für ihre Zeit und ihr Engagement und die Teilnahme an der heutigen Sitzung bedanken. Sie können gerne Gast bleiben oder natürlich anderen Dienstgeschäften nachgehen. Vielen Dank!

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0093](#)  
**Wie verhält sich die Justizsenatorin zur Forderung des Regierenden Bürgermeisters, dass Staatsanwälte bei Aktionen der Letzten Generation vor Ort sein sollen und was versteht sie konkret unter ihrer eigenen Ankündigung, zu prüfen, ob die Letzte Generation eine kriminelle Vereinigung sei. Beabsichtigt die Justizsenatorin, der Staatsanwaltschaft Weisungen zu erteilen?** Recht  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0102](#)  
**Sachstandsbericht der Justizverwaltung im Hinblick auf die Klima-Aktivisten der „Letzten Generation“** Recht  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Siehe Inhaltsprotokoll.

### Punkt 4 der Tagesordnung

- Antrag der AfD-Fraktion [0112](#)  
Drucksache 19/1001  
**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin (UZwG Bln)** Recht  
InnSichO(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1136  
**Eine Strafverfolgungsstatistik für Berlin**

[0119](#)  
Recht

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 19/0993  
**Unzumutbare Zustände im Krankenhaus des  
Maßregelvollzugs beenden – Platzmangel beheben,  
Arbeitsbedingungen verbessern und Masterplan  
sofort umsetzen!**

[0100](#)  
Recht  
GesPfleg(f)  
Haupt

Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.